

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,

für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis pro Nummer 2,- RM. Bei Abnahme von 10 Nummern 18 RM. Alle Postämter, Buchhändler und Verlagsstellen sind an den Verkauf des Tagesblattes beteiligt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6



Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 118 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Wilsblatt“ Wilsdruff-Dresden Volkshd.: Dresden 2640 Montag, den 23. Mai 1933

Bahn frei für den Mittelstand!

Wenn heute — übrigens gilt das gleiche auch für gestern und vorgestern — der Fiskus finanziell am Rande seiner mehr oder minder großen Weisheit angekommen ist, dann greift er immer zur Steuererhöhung. Da besagter Fiskus nicht weiß, wie anders er die etwa 3 Milliarden betragenden Kosten der Erwerbslosen-Unterstützung zusammenbringen soll, so zieht er eben die Steuerhaken an. Er will — für die unter dem Druck der Kosten für die Wohlfahrtsfürsorge zusammenbrechenden Gemeinden — die Bürgersteuer über den 1. Juli hinaus „strecken“ und außerdem eine neue Zwecksteuer einführen, von der alle „Beschäftigten“ betroffen werden. Denn „man“ rechnet mit einer jährlichen Erwerbslosen-bürchenschaftszahl von 5,9 Millionen. Das wäre ungefähr ein Drittel der heute als Angestellte und Arbeiter beschäftigten — oder nichtbeschäftigten — erwerbsfähigen Deutschen.

Und wo bleibt die Arbeitsbeschaffung? Seit anderthalb Jahren wird davon und darüber geredet; man hoffte auf sie, — aber auch diese Hoffnung ist dünn und mager geworden. Man schrie und schreit nach ihr, — aber dieser Schrei ist schon fast zu einem Wächeln der Verzweiflung geworden. Die Maschine hat in der Rationalisierung einen so genannten Sieg über den Menschen errungen, — aber es war schlimmer als ein Vorrückung. Jetzt rostet die Maschine, werden zu Schrott und altem Eisen. Und die Millionen von Menschen, die sie triumphierend „überflüssig“, arbeitslos machten, werden in jahrelangen Nichtmehrarbeitenlöhnen auch zu — altem Eisen. Nicht äußerlich vielleicht, aber innerlich. Die furchtbaren Tragödien aus der Jugendzeit des Kapitalismus, die von Gerhart Hauptmann in seinen „Webern“ dramatisiert worden sind, wiederholen, vervielfältigen sich zu Millionenfachen.

Wer aber in allem Not und Elend der Arbeitslosigkeit sein Menschentum nicht verloren hat, haßt nichts so sehr wie das Wort „Fürsorge“. Und jede Arbeitsbeschaffung, die für den dabei Beschäftigten nicht eine erkennbare „Berie-Schaffung“ ist, bleibt auch nur eine schlecht verpackte „Fürsorge“. Man kann den Rahmen aber noch sehr viel weiter spannen und feststellen, — doch wir wollen das mit den Worten des Reichsanwalters aus seiner letzten Reichstagsrede sagen: „Aus einer strukturellen Krise, in der sich die Wirtschaft überall in der Welt befindet, kommt man dann am ehesten heraus, wenn man der Energie, Opferfreudigkeit und Entschlußkraft der kleineren, selbständigen Existenzen möglichst die Bahn freimacht.“ Also: Wenn man dem „Mittelstand“ in Industrie, Gewerbe und Handel die Wege ebnet.

In der gleichen Reichstagsitzung hatte der vorkapitalistische Redner von einer Zeit der „Konjunktur-amergung“ gesprochen. Beirachtet man dieses nicht unrichtige Wort von der produktions-technischen Seite her, so kann man von einer Dämmerung der zusammengefallenen Massenenergie reden, wo die Maschine ihr stählernes, menschenzertrümmerndes Lied hinausbrüllt. Es ist heller, ist zum Lachen geworden, zum Stottern und Stammeln. Der „Hochkapitalismus“ der Nachkriegszeit ist vielleicht durch nichts besser charakterisiert als dadurch, daß an die Stelle des „Unternehmers“, des „Arbeitgebers“ der — Generaldirektor oder der Aufsichtsratsvorsitzende getreten ist. Nicht überall, aber bei den meisten Großunternehmen. Sie erlagen jedoch der Krise am ehesten. Ein Gegenbeispiel: Von den Ende 1930 berichteten 1361 gewerblichen Genossenschaftsbanken, also den typischen Kreditinstituten des „Mittelstandes“, haben im Laufe des Unheiljahres 1931 nur 88 die Zahlungen einstellen müssen. Für diese Mittelstandsbanken hat die Regierung nur 20 Millionen zu Stützungs-zwecken hergegeben und noch für 42 Millionen Garantien übernommen, — aber bei der Bankensanierung hat das Reich 335 Millionen allein schon verloren!

Sollte nicht eine wirtschaftliche, eine wirkliche „Arbeitsbeschaffung“ am besten hier einsetzen, an diesem Wendepunkt der „strukturellen“ Weltkrise? Das mittlere und kleine Unternehmertum in Deutschland beschäftigt noch heute 30 bis 40 Prozent der in der Industrie tätigen Arbeiterschaft, ernährt verhältnismäßig mehr Angestellte als die Großindustrie, gibt — dem Menschen, seiner Arbeitskraft, seiner Initiative und seinem Arbeitswillen einen viel breiteren Raum. Rationalisierung durch die Maschine ist heute gar nicht mehr identisch mit Rentabilität, und die vom Kost zersprengten Maschinen frähen meist nicht nur den Menschen, sondern fressen jetzt auch noch Kapital und Rente.

Ein Experiment in einer süddeutschen Zigarettenfabrik hat gezeigt, daß die Erzeugung der Maschinen — durch die menschliche Handarbeit — eine Maschine gleich 200 Arbeiterinnen — nicht bloß zur Mehrbeschäftigung Hunderte von Menschen führt, sondern daß bei einem Steuernachschuß von 14 Prozent ein Ausgleich der Kosten und Preise erzielt werden könnte. 90 Prozent aller Bauarbeiter sind ohne Beschäftigung, und die Zahl der Betriebe im Baugewerbe ist demgemäß eingeschrumpft. Man soll nicht z. B. die Frage der „Hausreparaturen“ in den verschiedenen Programmen zur Arbeitsbeschaffung als

Die drei neuen Steuern.

Bedeutungsvolle Parlamentswoche.

Die Woche verspricht in parlamentarischer Beziehung einen ereignisreichen und bedeutungsvollen Verlauf zu nehmen. Im Vordergrund des Interesses steht die Tagung des neuen Preussischen Landtages, der am Dienstagmittag zu seiner ersten Sitzung zusammentritt. Es ist anzunehmen, daß mit diesem Tage auch die erste offizielle Fühlungnahme zwischen den Fraktionen in Gang kommen wird, da zunächst eine Einigung über die voranschreitend am Mittwoch vorzunehmende Präsidentschaftswahl erfolgen muß. Nach dem Rücktritt der Regierung Braun, der in dieser Woche gleichfalls erfolgen dürfte, werden die nächsten Tage, vielleicht auch Wochen mit langwierigen Verhandlungen über die Person des neuen Ministerpräsidenten ausgefüllt sein, denen wegen der möglichen Rückwirkung auf die Zusammenfassung und die Politik der Reichsregierung ganz besondere Bedeutung zukommt. Die Möglichkeiten einer Einigung beurteilt man auf Grund der in den Fraktionsführungen zum Ausdruck gekommenen Haltung der Nationalsozialisten und des Zentrums außerordentlich skeptisch. Zunächst wird die Vorfrage zu klären sein, wer im Preussischen Landtag Landtagspräsident werden soll. Hierüber entscheidet, falls keine absolute Mehrheit zustande kommt, die verhältnismäßige Mehrheit in der Stichwahl. Der Fraktionsbeschluss des Zentrums ist dahin aufzufassen, daß eine Klärung der Verhältnisse in Preußen nur im Zuge mit einer entsprechenden Entwicklung im Reich möglich wäre, und hierfür besteht zur Zeit kaum eine Aussicht. Man würde also damit zu rechnen haben, daß die dann zurückgetretene Braunregierung noch einige Monate als geschäftsführendes Kabinett im Amte bleibe, es sei denn, daß sie durch eine andere Zwischenlösung ähnlicher Art ersetzt würde.

Im Reichstag beginnt am Montag ein längerer Tagungsabschnitt des Haushaltsausschusses, der eine ganze Reihe von Anträgen der Parteien erledigen will. Ob ihm auch schon der neue Reichshaushaltsplan für 1932 in dieser Woche überwiesen werden kann, steht noch dahin. Am Dienstag findet dann eine schon seit langem geplante Sitzung des auswärtigen Ausschusses statt, vor dem Reichsanwalt Dr. Brünning eingehend über alle schwebenden außenpolitischen Fragen berichtet wird.

Was bringt die nächste Notverordnung?

Über den Inhalt der neuen Steuernotverordnung, die in ihren Grundzügen feststeht, werden folgende Einzelheiten berichtet: In erster Linie ist die Erhebung

einer Beschäftigungssteuer

von 1% Prozent geplant. Die neue Beschäftigungssteuer wird auch von den Beamten erhoben, nicht nur von den übrigen Beschäftigten aller Berufe, die sie neben der Einkommensteuer zahlen müssen. Das Reichsfinanzministerium rechnet, daß die neue Beschäftigungssteuer 325 Millionen Mark bringt, davon sollen allein etwa 120 Millionen von den Beamten aufgebracht werden. Wesentlich ist, daß die neue Beschäftigungssteuer nur von Jahres-einkommen über 3600 Mark erhoben werden soll, weil bis zu dieser Grenze die Arbeitslosenversicherung prozentual durchgefasst ist, ab 3600 Mark aber nicht mehr steigt.

Die Kriksensteuer

steht insofern eine neue Einnahmequelle dar, als sie ursprünglich nur bis zum Ende dieses Jahres vorgesehen war und nun bis zum Ende des Etatsjahres 1932/33 eingeführt ist. Das ergibt eine Mehreinnahme von rund 45 Millionen Mark. Schließlich soll

die Bürgersteuer,

die ursprünglich nur bis zum 1. Juni erhoben werden durfte, in diesem Jahre nochmals von den Gemeinden beantragt werden können. Die nochmalige Erhebung der Bürgersteuer bedeutet angeblich eine Mehreinnahme von 250 Millionen Mark.

Die Finanzhilfe für die Gemeinden,

die das Reich leistet, betrug bisher rund 530 Millionen. Davon waren 230 Millionen Zuschüsse für besonders notleidende Gemeinden und 300 Millionen Ausgleichsmittel für die Erwerbslosenlasten. Jetzt sollen die Gemeinden hierfür 400 Millionen, in Vierteljahresraten von 100 Millionen (bisher 75), erhalten, und die 230 Millionen Mark

nebenfällige Angelegenheit behandeln. Sie sind mindestens ebenso wichtig wie Meliorations- oder Sieblungs-vorschläge, denn sie treffen einen unmittelbaren, laun in alle Welt hinausreichenden Bedarf.

Den kleinen, selbständigen Existenzen die Bahn freimachen, — liegt in diesem Satz und Ziel nicht überhaupt das Arbeitsbeschaffungsprogramm?

sollen auf rund 300 Millionen erhöht werden, so daß die Gemeinden jetzt 700 Millionen bekämen. Diesem Mehr von 170 Millionen werden allerdings

neue Befragungen

gegenüberstehen. Diese ergeben sich aus der Renord-nung der Arbeitslosenversicherung. Der Gesamtbeitrag, der für die gesamte Sozialversicherung, von der Arbeitslosenunterstützung bis zur Wohlfahrtsfürsorge bei einer Durchschnittszahl von 5,9 Millionen Arbeitslosen erforderlich ist, beläuft sich auf 3,018 Milliarden Mark. Das Prinzip der Arbeitslosenversicherung bleibt aufrechterhalten. Die Bedürftigkeitsprüfung wird nicht erweitert. Sie bleibt wie bisher bestehen, wenn es sich um Ehefrauen oder Jugendliche bis 21 Jahren handelt. Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, die bei der Aufstellung ihres Haushalts davon ausgeht, daß die Arbeitslosigkeit vielleicht durchschnittlich etwas höher wird als im Vorjahre, muß, da ihr Haushalt unabhängig vom Reichshaushalt ist, ebenfalls einen Ausgleich suchen. Sie sieht ihn darin, daß die

Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung von 20 auf 13 Wochen vermindert wird, daß aber andererseits die Sonderstellung der Saisonarbeiter fort-fällt. Ferner sollen die Sätze der Arbeitslosenunterstützung etwa denen der Krisenfürsorge angepaßt, also von dem Durchschnittssatz von 56 Mark auf 54 Mark gebracht werden. Eine Verlängerung der Krisenfürsorge soll angeblich nicht in Frage kommen, so daß die Wohlfahrts-fürsorge der Gemeinden um volle sieben Wochen früher beginnt.

Die neue Notverordnung.

In den Grundzügen fertig. Amlich wird mitgeteilt: Die notwendigen, nur durch die beiden Pfingsttage unterbrochenen Beratungen des Reichskabinetts über die nunmehr in Aussicht zu nehmenden finanz-, sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen konnten in allen grundsätzlichen Fragen in voller Übereinstimmung zum Abschluß gebracht werden. Zu den unter dem Vorsitz des Reichsanwalters Dr. Brünning stattgehabten Beratungen waren das Reichsbanddirektorium und, soweit erforderlich, die drei Reichskommissare für Preisüberwachung, Warenaufsicht und die vorläufige Handelsleitung, sowie der Vorstand der Sammelbank hinzugezogen worden. Die Entscheidungen des Reichskabinetts fanden wertvolle Förderung durch neben-hergehende Beratungen mit den berufenen Vertretern der beteiligten Bevölkerungskreise.

Das Gesamtprogramm erstreckt sich im wesentlichen auf die endgültige Fertigstellung und Abdeckung des Reichshaushaltsplanes 1932, die Sicherung der Arbeitslosen-fürsorge und andere sozialpolitische Reformmaßnahmen, sowie auf ein Arbeitsbeschaffungsprogramm unter gleichzeitigem Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Der Reichshaushaltsplan geht nunmehr dem Reichs-rat zu, dessen Beratungen unter Beteiligung der Reichs-regierung und der Finanzminister der deutschen Länder demnächst beginnen werden. Einzelheiten können im Augenblick noch nicht mitgeteilt werden, da zunächst ein Vortrag des Reichsanwalters beim Reichspräsidenten über das Gesamtprogramm im Laufe der kommenden Woche stattfinden wird.

Rücktritt des Preussenkabinetts.

Der preussische Ministerpräsident Braun hat an den Präsidenten des Landtags ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt, daß die preussischen Staatsminister ihre Ämter zur Verfügung stellen, nachdem die Wahlperiode des alten Landtags am 20. Mai abgelaufen ist.

Das Schreiben, das vom 19. d. M. datiert ist, enthält weder eine Begründung, noch die Mitteilung, daß das Kabinett Braun die Geschäfte weiterführe. Das Kabinett Braun ist damit formell zurückgetreten. Das Schreiben des Ministerpräsidenten wird bei Zusammen-tritt des Preussischen Landtags von dem Alterspräsidenten vertlesen werden.

Internationale Handelskonferenz geplant.

Die Genfer Ratstagung beendet. Der Völkerbundrat hat auf Grund eines Antrags der Internationalen Arbeitskonferenz beschlossen, daß die verschiedenen Organisationen des Völkerbundes der Lausanner Reparationskonferenz im Bedarfsfalle zur Verfügung gestellt werden.

Der Rat schlägt ferner der Vollversammlung des Völkerbundes vor, eine Weltkonferenz zur Prüfung der Probleme des internationalen Handels und der Erzeugung einzuberufen.